Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 128.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 20. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung.

Berlin, 18. Februar. 11 Uhr. Am Ministertische: Lucius, Bitter, v. Puttkamer und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Etats wird mit dem Etat der Gestütverwaltung fortgesetzt. Beim Titel 6 der Einnahmen: Erlös für verkaufte Pferde, spricht

Abg. v. Bandemer den Wunsch aus, daß der Verkauf aus den Gestüten in der Provinz Preußen nicht wie bisher an drei Orten, sondern an einem, beispielsweise Insterburg stattfinde. Auch möge die Anzeige der Auktionstage unbedingt in den Amts- und Kreisblättern der Provinz erfolgen.

Minister Lucius sagt möglichste Berücksichtigung dieser Wünsche zu.

Abg. Magdzinski bittet um Errichtung eines zweiten Hauptgestütes in Posen.

Abg. v. Tiedemann: Der Wunsch nach einem solchen ist in Posen keineswegs sehr lebhaft, eher sollte man das bestehende verstärken. Den Klagen aus der Provinz Preußen muß sich der Redner anschließen, bisher ist von dort noch kein gutes Material gekommen.

Minister Lucius: Diese Klagen sind in der vorjährigen Landespferdezuchtkommission eingehend erörtert. Von einem Rückgange der Pferdezucht in Posen ist keine Rede. Die Regierung beabsichtigt ein zweites Landgestüt im Großherzogthum zu errichten, in Betreff des Ortes ist ein Beschluß noch nicht erfolgt, wahrscheinlich wird er entfernt von dem bestehenden, mehr nach dem Süden gewählt werden.

Reg.-Komm. General v. Lüderitz: Das Hauptgestüt in Posen war im letzten Jahr schon bedeutend stärker als in früheren Jahren.

Die Abgg. Hahn und von Schorlemer-Alst sprechen sich für ein zweites Landgestüt in Posen aus. Der letztere theilt auch nicht die Auffassung, daß alle anderen Provinzen gegen Preußen zurückträten.

Abg. v. Kröcher spricht seinen Dank dafür aus, daß den Uebelständen in dem märkischen Gestüt, auf die er im Vorjahr hingewiesen, abgeholfen sei.

Der Etat wird hierauf genehmigt, desgleichen der der Seehandlung und der Münzverwaltung. Bei dem Etat des Gesetzsammlungsamts bedauert Abg. Gründler, daß durch die Gesetzgebung nichts geschehe, der mehr und mehr zu Tage tretenden Korrumpirung der deutschen Sprache abzuhelfen, und beklagt die latino-gräkischen Benennungen für unsere Maße und Gewichte und zählt eine Reihe sprachwidriger Wendungen in unseren Gesetzen auf.

Es folgt der Etat des „Reichs- und Kgl. Preußischen Staatsanzeigers". Abg. Rickert: Die in diesem Blatte eingeführte Rubrik „Zeitungsstimmen" kann nur den Zweck haben, Anhänger für das neue Zoll- und Wirthschaftssystem zu werben. Leider wird hierbei mit wenig Geschick verfahren. Die Vermehrung der Handelsfirmen im Jahre 1880 wird dem neuen System zugeschrieben, obwohl sie sich doch aus anderen Umständen genügend erklärt. Ferner ist ihm am 7. Januar das Malheur passirt, daß er, um jenem Zwecke zu entsprechen, aus dem „Berliner Börsencourier" zwei Artikel aufnahm, von denen der eine geschrieben war, um die Aktien der Ostpreußischen Südbahn, der andere, um die der Glauziger Zuckerfabrik in die Höhe zu treiben! Aus einer sachkundigen Korrespondenz der „Magdeburger Zeitung" ersehe ich auch, daß sogar „übelduftende" Papiere im Kurszettel des „Staatsanzeigers" Aufnahme finden, woran ich allerdings im Interesse der Objektivität des letzteren nicht weiter Anstoß nehmen will. Endlich ist dort unter dem 18. Januar ein Brief eines japanesischen Arztes an einen hiesigen Freund abgedruckt, der die Frage Freihandel oder Schutzzoll behandelt, ausführt, daß Japan an dem manchesterlichen England zu Grunde gegangen sei, und mit einer Lobrede auf das Schutzzollsystem schließt. (Heiterkeit.) Vor so komischen Dingen bitte ich doch das Blatt zu bewahren.

Minister v. Puttkamer: In die „Zeitungsstimmen" des „Staatsanzeigers" dürfen allerdings komische und nicht sachgemäße Artikel keine Aufnahme finden, aber die angeführten haben diesen Charakter durchaus nicht. Der Herr Vorredner findet den Brief des Japaners so ungeheuer komisch; aber noch viele andere Leute sind der Meinung, daß die englische Handelspolitik so ziemlich weiß, was ihren eigenen Interessen am besten dient. Warum hat der Vorredner der „übelduftenden" Papiere erwähnt, wenn er darauf doch nicht weiter Gewicht legte? Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob er durch diese Aeußerung einen gewissen Verdacht gegen die Kuratel des Staatsanzeigers" hat wachrufen wollen.

Reg.-Komm. v. Kurowski: Ich entsinne mich der beiden Artikel des „Staatsanzeigers" genau. In dem einen steht durchaus nichts von der betreffenden Zuckerfabrik; es sind vielmehr nur diejenigen Ausführungen aufgenommen, die sich auf das Aufblühen der deutschen Industrie im Allgemeinen beziehen. Aehnlich ist es mit der Ostpreußischen Südbahn der Fall. Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Frage, ob an dem Darniederliegen des Handels in Königsberg die Handelspolitik oder die schlechte Ernte Rußlands schuld gewesen ist. Was den Vorwurf wegen der „übelduftenden" Papiere betrifft, so kann der „Reichsanzeiger" nicht das eine oder andere von der Aufnahme in den Kourszettel ausschließen; er würde dadurch indirekt Reklame für die übrigen machen.

Abg. Rickert: Die Gründe, weshalb ich hier etwas zur Sprache bringe, bin ich nicht genöthigt, anzugeben. Auch ich lese den „Staats-Anzeiger" nicht regelmäßig, schon weil er entsetzlich langweilig ist. (Sehr richtig! links.) Ich hätte gewünscht, die Herren hätten gemerkt, daß es sich bei den Artikeln des „Börsencouriers" lediglich um Reklame handelte.

Abg. v. Ludwig glaubt, daß langweilige Reden anhören zu müssen, auch nicht sonderlich kurzweilig sei. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.) Uebrigens hat der Japaner vollkommen Recht, wenn er uns ermahnt, vom Freihandel abzulassen.

Abg. v. Minnigerode: Sie (links) mögen doch bedenken, ein wie großer Theil der liberalen Presse in den Gründerjahren bewußt gesündigt hat. Seien Sie deshalb doch mit Ihren Kritiken etwas vorsichtiger. Auch ich kann der Auffassung des Japaners nicht Unrecht geben.

Abg. Richter: Die langweiligsten Redner sind offenbar die, welche sich an der Debatte betheiligen, ohne zu wissen, um was es sich handelt. (Heiterkeit.) Es hat mich wenig gewundert, hier zwischen den Herren v. Ludwig und v. Minnigerode und den Japanesen gewisse Berührungspunkte zu finden. (Heiterkeit.) Was die Gründerjahre angeht, so hätte ich wohl gewünscht, daß zu der Zeit, wo gewisse vornehme Herren Eisenbahngründungen unternahmen, die konservative Presse vor diesen vornehmen Herren gewarnt hätte. Uebrigens ist die Langweiligkeit beim „Staatsanzeiger" noch die beste Eigenschaft. (Heiterkeit.) Man würde viel mehr auszusetzen haben, wenn er sich auch noch bemühte, interessant zu werden, wie es bei anderen Blättern der Fall ist, die dem Reichskanzler nahe stehen. Hier zeigt sich recht, wie sehr sich die Regierung mit ihrer Agitation oft selbst schadet: eine Reklame für eine bestimmte Gründung sieht man als eine unparteiische Stimme des Landes an, die Beachtung verdient!

Persönlich bemerkt Abg. v. Minnigerode dem Vorredner, daß es viele Leute giebt, denen ein ideeller Zopf hinten hängt.

Abg. Richter: Es hängt Manchem der Zopf hinten, ohne daß er sich dessen bewußt ist: bei den Japanesen ist dies gar nicht einmal in so besonderem Maße der Fall. Es besteht aber noch ein anderer Unterschied zwischen Herrn v. Minnigerode und den Japanesen: die Japanesen wechseln ihre Meinung nicht, wenn der Mikado, was man bei uns Kanzler nennt, eine andere Politik hat. (Heiterkeit.)

Der Etat des „Staatsanzeigers" wird hierauf genehmigt.

Bei dem Etat des Staatsministeriums knüpft sich eine lebhafte Debatte an den Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke (93,000 M.)

Abg. Richter: Unsere prinzipielle Stellung zu der Bewilligung geheimer Fonds erörtere ich hier nicht, wir gestehen auch jeder Partei das Recht unbeschränkter Agitation zu, nur dagegen protestiren wir, daß Staatsgelder und Staatsbeamte zu politischen Agitationen verwendet werden. Ich dächte, selbst unsere Gegner müßten sich Angesichts der besonderen Verwendung dieses Fonds in den letzten Jahren zweimal bedenken, ehe sie denselben nochmals bewilligen. Dieser Fonds dient zwei Zwecken, es werden aus ihm erstens die Schriftsteller besoldet, die täglich im literarischen Bureau ihre Instruktionen empfangen und danach Zeitungsartikel im Sinne der Regierung schreiben. Wohin das führt, hat ein Vorfall im Reichstage gezeigt, wo ein allgemein als hochoffiziös angesehener Artikel der „Politischen Korrespondenz", der einen Konflikt prophezeite, zu unangenehmen Konsequenzen Veranlassung gegeben hat. Wenn dabei Herr v. Puttkamer und v. Boetticher die Verantwortlichkeit für die offiziösen Aeußerungen abgelehnt haben, so ist das formell richtig, denn die Offiziösen schreiben ja an die Zeitungen nur als Privatleute und nicht in amtlicher Eigenschaft. Jeder in die Verhältnisse der Presse Eingeweihte kennt aber die offiziösen Artikel sofort, während das Publikum darin unabhängige Stimmen der öffentlichen Meinung erblickt. Meine Anfrage, ob der Direktor des literarischen Bureaus, Herr Professor Rößler, der Verfasser des Artikels in der „Polit. Korrespondenz" sei, blieb im Reichstage unbeantwortet; ich wiederhole sie daher hier ausdrücklich. Ein Beamter, wie der Direktor des literarischen Bureaus, darf doch nicht beliebig privatim auf eigene Verantwortlichkeit hin die schwerwiegendsten Aeußerungen in die Welt schicken. Man sieht aus dem Vorfall, in welche Verlegenheit die Regiernng durch ein solches Bureau gebracht werden kann. Zweitens wird aus diesem Fonds die „Provinzial-Korrespondenz" unterhalten; für dieses Blatt übernimmt die Regierung offen die Verantwortung. Das Urtheil über die Leistungen der Provinzial-Korrespondenz" ist im Reichstage gefällt worden; wie begründet es war, will ich noch an einigen Beispielen zeigen. In einem Artikel vom 21. September v. J. wirft uns das offizielle Blatt wieder einmal die Verzettelung der Milliarden vor. Was ist das für eine offizielle Darstellung historischer Thatsachen. Drei Viertel der Milliarden sind auf Vorschlag des Kriegsministers verwendet worden; ist Herr v. Kameke etwa ein Liberaler? Auch der Ankauf des Palais Radziwill wurde aus den Milliarden bestritten. Ist der Mann, der das Palais bewohnt, etwa ein Liberaler? Ist Herr v. Achenbach etwa ein Liberaler, der aus den Milliarden Staatseisenbahnen gebaut hat. Gerade die Liberalen haben gegen die Verwendungsweise des Ministers v. Kameke gestimmt. Was hat die „Provinzial-Korrespondenz" aus den Memoiren des Herrn v. Unruh gefolgert. Sie schreibt am 12. Oktober: „die Enthüllungen des alten Demokraten sind vor Allem die Enthüllung der landesverrätherischen Gesinnung seiner Freunde von der sogenannten Fortschrittspartei." Gesetzt selbst, Fürst Bismarck hätte im Jahre 1862 öffentlich dargelegt, was er wollte — er hat es nicht gethan und konnte es nicht — würde man dann diejenigen, die ihm aus Verfassungsbedenken nicht gefolgt sind, als Landesverräther bezeichnen? Landesverrath ist etwas Ehrloses, ist mit Zuchthaus bedroht und doch wird dieser Vorwurf der liberalen Partei einschließlich des Herrn v. Bennigsen gemacht, gegen den man sonst immer sehr vorsichtig ist. Man hat sich über die harte Kritik Virchow's gegen die offiziöse Presse gewundert, gerade er war dazu vollständig berechtigt. Sie erinnern sich Virchow's Aeußerung über die „guten Revolutionäre", die er in demselben Sinne gebrauchte, wie Graf Moltke im Reichstage von „ehrlichen Revolutionären" sprach, im Gegensatz zu dunklen Gestalten von Bassermann. So wenig Moltke mit dem Worte „ehrlich" für die Ehre der Revolution, so wenig ist Virchow mit dem Worte „gut" für die Güte der Revolution eingetreten. (Widerspruch rechts.) Oder glauben Sie, daß wenn zwei dasselbe sagen, es einen Unterschied macht, wenn einer davon Moltke heißt. (Sehr richtig! rechts.) Dann sind Sie erkannt, das haben wir ja an Ihnen immer auszusetzen, daß Sie nicht sachlich, sondern persönlich entscheiden. (Zustimmung links.) Virchow hat damals sofort gegen die Mißdeutung seines Ausspruchs protestirt, und hier im Hause hat seitdem Niemand mehr einen Vorwurf deswegen gegen ihn erhoben. Trotzdem hat die „Prov.-Corr." in einem Artikel „gute Revolutionäre und Barrikadenkämpfer" die schlimmsten Insinuationen gegen uns erhoben und zwar nur auf Grund unehrlicher Zitate. (Der Redner setzt nun ausführlich auseinander, daß die „Prov.-Corr." nur dadurch, daß sie einen Satz aus Virchow's Rede aus dem Zusammenhange herausgerissen hat, und den übrigen Inhalt derselben absichtlich ignorirt, den Vorwurf revolutionärer Gesinnung gegen die Fortschrittspartei erheben konnte.) Damals sagte Virchow: Unsere Partei hat von dem Augenblicke an, wo sie als Partei auf den öffentlichen Kampfplatz trat, nur einen gesetzlichen Kampf geführt und befürwortet. Wenn man uns als Lobredner der Revolution darstellt, so sage ich Nein dazu. Wenn man sich an das Wort gut anhackt, so weise ich diese ganze Art der Verhandlung im Parteikampfe zurück. Indem die „Prov.-Corr." aus der zitirten Stelle das Alles unterdrückt, führt sie gleichwohl an, Virchow habe nicht weiter erklärt, was er unter guten Revolutionären meine, er finde es in der Ordnung, wenn man gelegentlich im Barrikadenkampfe auch Andere tödte. Indem man derart ein Zitat gerade in entscheidenden Stellen unterdrückt und noch dazu dem Zitirten vorwirft, er habe nichts weiter gesagt, gleichwohl aber einen schwerwiegenden Angriff konstruirt, verfährt man so unanständig, wie ein ähnliches Beispiel aus der gesammten Presse während des Wahlkampfes nicht vorliegt. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Das ist politische Brunnenvergiftung der schlimmsten Art und noch dazu in einem Blatte der Regierung.

Minister v. Puttkamer: Die Bewilligung des Fonds zu politischen Zwecken wird in der Regel als eine Vertrauenssache betrachtet. Ich bin nun viel zu vorsichtig, um die Vertrauensfrage zu stellen. Ich meine, nur diejenigen Mitglieder, welche alle Brücken zwischen sich und der Regierung abgebrochen glauben, mögen diesen Fonds verweigern; alle anderen Parteien werden ihn hoffentlich bewilligen. Der Abg. Richter hat wiederholt nach dem Verfasser des vielberufenen Artikels der Wiener „Politischen Korrespondenz" gefragt. Ich bedaure, seinen Wünschen nicht nachkommen zu können. Es gehört nicht zu meinen Berufsgeschäften, der Autorschaft anonymer Artikel auswärtiger Blätter nachzuspüren, es sei denn, daß ein disziplinarischer Anlaß vorliegt, was hier nicht der Fall ist. Ich habe übrigens nachträglich diesen Artikel gelesen und gefunden, daß er die verhängnißvollen Dinge, welche neulich im Reichstage zur Sprache kamen, nicht enthält, sondern ein Referat über sehr erhebliche in Preußen bestehende Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Verfassungsfragen. Obgleich die Regierung nicht die Verpflichtung hat über die Verwendung geheimer Fonds hier Rechenschaft zu geben, wenn sie überhaupt bewilligt sind, so nehme ich doch keinen Anstand, Ihnen die Einrichtung des literarischen Bureaus vorzuführen. Dasselbe ist eine ganz harmlose und unverfängliche Einrichtung (Widerspruch links), deren hauptsächlichster Zweck darin besteht, für die allerhöchste Stelle, die Minister und die anderen Beamten, welche mit den Preßerzeugnissen amtlich zu thun haben, die Artikel der Presse auszuschneiden und vorzulegen. Sodann hat das Bureau die Presse mit Informationen über die Ansichten der Regierung zu versehen. Eine große Menge selbständiger Tagesblätter nimmt mit Freude solche Winke und Andeutungen aus Regierungskreisen auf. Die dritte Thätigkeit des Bureaus, das Dementiren, ist weniger erfreulich. Ein großer Theil der Presse ist fruchtbar in Mittheilung von Dingen, von denen der Regierung nicht das Allermindeste bekannt ist. In irgend einer Zeitung erscheint z. B. ein Artikel: „man schreibt uns aus München — oder vom Rhein — es sollen die im Jahre 1848 abgeschafften geheimen Konduitenlisten über die Lehrer wieder eingeführt werden", woran kein wahres Wort ist. Am nächsten Tage steht in einer Zeitung: „aus positiver Quelle geht uns die Nachricht zu u. s w." Später heißt es: „das Schweigen der Offiziösen beweist, daß unsere neuliche Nachricht vollkommen richtig war, also konstatiren wir hiermit, daß u. s. w." Dementirt die Regierung, dann heißt es in einer anderen Korrespondenz, „es muß doch an unserer Mittheilung etwas Wahres gewesen sein, denn die Regierung beeilt sich über alle Maßen, diese Nachricht zu dementiren." So wird die Regierung durch gewisse Preßorgane in die Enge getrieben, und Sie werden ihr nicht verargen, wenn sie sich gegen solche Angriffe schützt. Die Regierung, welche die offiziöse Presse unterhält, hat mehr wie die Parteien die Verpflichtung, in der Form Maß zu halten, (sehr wahr! links), und ich kann hier erklären, daß einzelne Ausdrücke in einzelnen Artikeln der „Provinzial-Korrespondenz" vom Juli bis zum Oktober v. J. nur erklärlich sind und entschuldbar durch die Hitze des damals wogenden Wahlkampfes und daß ich dafür Sorge getragen habe und tragen werde, daß die „Provinzial-Korrespondenz" sich beleidigender Ausdrücke enthalte. Dafür übernehme ich die Verantwortung. Der Abg. Richter spricht mit großer Entrüstung von den Artikeln der „Provinzial-Korrespondenz", aber die Fortschrittspartei sieht den Splitter im Auge der Andern und nicht den Balken im eigenen Auge. (Sehr richtig! rechts.) Was sie im Wahlkampfe in Bezug auf Terrorismus, Agitation, Verunglimpfung der Gegner, Verhetzung der Parteien gegeneinander geleistet, verhält sich zu den Leistungen der „Provinzial-Korrespondenz" wie ein gewaltiger Katarakt zum rieselnden Wiesenbach. Jeder Wahlkreis ist ja Zeuge davon, jede fortschrittliche Versammlung, jeder fortschrittliche Wahlaufruf hat klar an den Tag gelegt, daß es der Fortschrittspartei allerdings um Erringung des Sieges zu thun war, aber unter Anwendung einer großer Anzahl unerlaubter Mittel. (Oho! links; sehr wahr! rechts.) Systematisch ist sie darauf ausgegangen, im Volke das Vertrauen zur Ehrlichkeit und zu dem guten Glauben der Regierung zu untergraben (Sehr richtig! rechts), sowohl in Bezug auf die Wirthschaftspolitik als auch hinsichtlich der allgemeinen politischen Lage. Wenn es möglich ist, daß eine wirthschaftliche Reform, welche ausgegangen von der Reichsregierung, angenommen von der großen Mehrheit des Parlaments, ohne Weiteres als eine nichtswürdige Interessenpolitik charakterisirt werden darf, welche bewußt darauf hinausläuft, den Egoismus zu stützen, die Selbstsucht der wohlhabenden Klassen gegenüber den ärmeren wachzurufen, den Großgrundbesitz, die Großindustrie auf Kosten der Bedürftigen und Armen zu unterstützen, so entspricht solche Polemik nicht den Begriffen der Loyalität. (Sehr richtig! rechts.) Damit hat man sich aber nicht begnügt, sondern hat diese Wirthschaftspolitik angeknüpft an den Eigennutz des Einzelnen. (Pfui! rechts, Heiterkeit links.) Versetzen Sie sich in die Provinz Westfalen und in eine dortige Wahlversammlung. Da sagt ein berühmter Volksredner, indem er von der Aufhebung des Eisenzolles spricht, Folgendes: Wer hat denn eigentlich diese Zollaufhebung veranlaßt? Niemand anders als Fürst Bismarck selber. Er ist bekanntlich ein Großgrundbesitzer. Er hat sich im Jahre 1873 für seine Landwirthschaft Maschinen aus England kommen lassen und bekam dazu eine Rechnung von 1200 Thlr. über Zölle. Ei, der Teufel, so denkt er, daß meine Maschinen so vertheuert werden, und es dauerte nicht acht Tage, da hatten wir den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Eisenzolles im Reichstage zur Berathung. (Bewegung rechts.) Schauplatz: Iserlohn, Festredner der Abg. Richter (Große Heiterkeit rechts) und die Wählerschaft, die ihm für diese unqualifizirbaren Aeußerungen stürmisch zujauchzte, war dieselbe, welche den Abg. Langerhans in den Reichstag wählte. Was soll man zu einer solchen Art von Agitation sagen? Der erste Diener Sr. Majestät des Königs muß es sich gefallen lassen, daß seine Initiative zu gesetzgeberischen Maßregeln unter dem Gesichtspunkte des schnödesten Privateigennutzes betrachtet wird. (Abg. Richter ruft: Ist nicht wahr!) Bitte, halten Sie sich an den Wortlaut. Böse Beispiele verderben gute Sitten. Dieses vom Abg. Richter gegebene Beispiel hat dann natürlich dem Fürsten Bismarck gegenüber seinen Widerhall gefunden in einem berliner Blatte. Dieses sagt: In Wahrheit ist die Forderung, der Herr Reichskanzler muß fort von seinem Platze, gar keine Forderung des Fortschritts, sondern eine Forderung des Anstandes, des Ehrgefühls. (Abg. Richter: Geht mich nicht an!) Sehr richtig, aber ich habe nur angedeutet, daß böses Beispiel gute Sitten verdirbt. (Sehr gut! rechts.) Die Fortschritts-

partei läßt keine Gelegenheit vorübergehen, jede Kundgebung der Regierung mit dem Ruf zu beantworten, hier liegt die nackte Reaktion vor. Wenn das im Volke Anklang findet, dann gehen wir allerdings einer Vergiftung unseres öffentlichen Volkslebens entgegen, welche es sehr zweifelhaft macht, ob geordnete parlamentarische Verhältnisse überhaupt noch möglich sind. Der Ausdruck Reaktion ist sehr vorsichtig und klug gewählt, weil er auf etwas ängstliche Wähler Eindruck zu machen im Stande ist. Aber er heißt weiter nichts als eine willkürliche Verschiebung des durch die Verfassung festgestellten Verhältnisses der Staatsgewalten, mit anderen Worten: Bruch der Verfassung. (Oho! links.) Wenn irgend eine Partei Ursache hat, in ihren Angriffen und Manifestationen vom Standpunkte der öffentlichen Moral vorsichtig zu sein, so ist es die Fortschrittspartei. Die Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“ sind retrospektiver Natur, sie beziehen sich auf die Geschichte der Fortschrittspartei, welche sich seiner Zeit als vorzugsweise monarchisch und sogar religiös dem Publikum empfohlen hatte, und zeigen in allerdings scharfen Worten, wie es eigentlich darum steht. Es wird der Fortschrittspartei vorgeworfen, daß sie der militärischen Organisation in Preußen im Jahre 1866 nach Kräften entgegengetreten sei. Daß diese Behauptung nicht ungerechtfertigt, geht aus dem Werke des Herrn Ludolf Parisius: „Die politischen Parteien unter dem Ministerium Bismarck“ hervor. Es wird dort das Programm der rheinischen Fraktion mitgetheilt, in dem es heißt, für Kriegszeiten wollen wir die Mittel gern bewilligen, aber für Friedenszeiten ist die äußerste Sparsamkeit geboten, wir müssen es der Regierung überlassen, unter Beibehaltung des Landwehrsystems mit Hilfe von Turnübungen und Schützenvereinen (Große Heiterkeit rechts) während einer kürzeren Dienstzeit die Ausbildung des Heeres zu bewirken. Das ist also die Säule, auf die damals der Fortschritt die militärische Macht stützen wollte. Ich wäre begierig zu sehen, wie die Säule sich 1870 bewährt hätte gegen die Legionen des kaiserlichen Frankreich. Ein anderer Artikel der „Prov.-Korr.“ beschäftigt sich in sachlich zutreffender Weise mit der religiösen Haltung der Fortschrittspartei. Hat doch neulich der Abg. Virchow gesagt: Wir wollen am liebsten gar keine Kirche und wollen jedenfalls keine Autorität in der Kirche (Widerspruch links); denn wer sein Gewissen unter eine Autorität beugt, ist eine lächerliche Figur, die in kein Parlament gehört. (Abg. Richter: Entstellung!) Wenn Virchow sagt, daß der Religion jedes erziehliche Moment fehlt, was bleibt dann von der Wirksamkeit der Religion für das Volksleben überhaupt noch übrig? Die Angelegenheit mit den guten Revolutionären hat Richter in einer Weise beleuchtet, als wenn mit diesem Artikel ein himmelschreiendes Unrecht geschehen. Ich habe mir die damalige Aeußerung des verehrten Herrn im Zusammenhange überlegt und bin zu dem Resultat gekommen, daß er mit jenem Ausdruck allerdings bis zu einem gewissen Maße diejenigen hat in Schutz nehmen wollen, welche die Staatsordnung durch revolutionäre Bestrebungen untergraben. (Sehr richtig! rechts.) Die Bilanz ist also: auf der einen Seite einige im Zorn geschriebene Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“, welche in ihren Ausdrücken hätten milder sein müssen, aber in der Sache das Richtige getroffen haben, auf der anderen Seite nur konsequente systematische Herunterziehung der Regierungs-Autorität. Nun schlage ich Ihnen folgende Kompensation vor. Ich werde darauf Bedacht nehmen, daß die „Provinzial-Korrespondenz“ bei aller Schärfe der Abwehr der Angriffe und bei fortgesetztem Kampfe gegen die Fortschrittspartei die Form wahrt, welche sie dem politischen Gegner schuldig ist. Sorgen Sie (links) dafür, daß in Ihrer Presse, Ihren Versammlungen ebenfalls dauernd ein Ton bewahrt werde, welcher sich in den Grenzen einer angemessenen Diskussion bewegt, dann werden wir uns beiderseits mancherlei Verdrießlichkeiten ersparen und dem Lande nützen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. von Rauchhaupt: Was der Abg. Richter vorgebracht hat, reicht nicht aus, um die Ablehnung eines Fonds zu motiviren, der seit Jahren von keiner Seite beanstandet worden ist und den auch keine Regierung entbehren kann. Der Abg. Richter hat getadelt, daß der Herr Minister bei dem Angriff auf den Abg. Virchow die Rede desselben nicht vollständig verlesen habe. Aber auch er zitirt ungenau, denn das Stenogramm erweist, daß Virchow wohl unterschieden hat zwischen Einzelmördern und guten Revolutionären, die bisweilen Barrikaden bauen und seiner Meinung nach entschuldbar sind. Es ist etwas stark, wenn diese Aeußerung vom Abgeordneten Richter in Parallele gestellt wird mit einer Bemerkung, die der Generalfeldmarschall von Moltke über einen Theil der Sozialdemokraten gemacht. Ich glaube, dem Abg. Virchow wird jene Aeußerung noch lange anhängen. (Abg. Virchow: Hoffentlich!) Der Abg. Richter hat dann auch beklagt, daß man seiner Partei immer die Stellung vorgeworfen habe, die sie gegenüber der Heeres-Organisation eingenommen: würde man die Absichten der Regierung gekannt haben, so hätte man sich sicherlich nicht ablehnend verhalten. Nun geht aus den Memoiren von Unruh hervor, daß die Pläne Bismarcks schon 1864 bekannt geworden. Ich frage, wo bleibt da die Wahrheit! Als der Krieg schon ausgebrochen war, fiel von jener Seite das Wort: „Diesem Ministerium keinen Groschen mehr.“ Mag darum die „Provinzial-Korrespondenz“ etwas zu stark aufgetragen haben, wenn sie von landesverrätherischer Gesinnung gesprochen, Ihr Auftreten ist doch mindestens ebenso stark gewesen. Der Abg. Rickert hat den Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“, in dem von der Inthronisirung der Abgeordneten Rickert, Stauffenberg und Bamberger die Rede war, getadelt. Aber wenn sich bei den Wahlen die Sezessionisten, ich will lieber sagen die liberale Vereinigung und der Fortschritt in den Armen lagen, so war es meiner Ansicht nach vollkommen berechtigt, das Volk auf die Eventualitäten eines solchen Wahlbündnisses hinzuweisen. Indem Sie eine Forderung ablehnen, welche die Regierung nothwendig zur Aufrechthaltung ihrer Politik gebracht, bezwecken Sie nichts weiter, als die Regierung von den Parteien abhängig zu machen. Ich bitte meine politischen Freunde, die Forderung zu genehmigen, da die Ablehnung derselben im Lande unverständlich bleiben würde. (Beifall rechts.)

Abg. Rickert: Der Abg. v. Rauchhaupt hat Anstoß daran genommen, daß die liberale Vereinigung bei den Wahlen in den Armen der Fortschrittspartei gelegen habe. Jeder weiß, daß ich an der Opposition nicht Freude habe (Widerspruch rechts), sondern mich freue, mit der Regierung gehen zu können. Aber nachdem der Reichskanzler sich Ihnen zugewendet und Alles, was er an Liberalismus besaß, über Bord geworfen hat, da war ruhiges Schaffen nicht mehr möglich und den Liberalen die Pflicht geworden, kleinliche Unterschiede bei Seite zu schieben und in geschlossenen Reihen gegen die reaktionäre Bewegung anzukämpfen. Das unser Bestreben ein richtiges ist, ist vom Lande bereits anerkannt worden, vielleicht schon bald wird es mit Ihrer Macht vorüber sein. (Abwarten! rechts.) Den Artikel der „Prov.-Korr.“ über die Inthronisirung der Abgeordneten Bamberger—Stauffenberg—Rickert hält der Abgeordnete von Rauchhaupt für sachgemäß. Ich glaube, im Volke ist man etwas anderer Meinung. Da kennt man nur eine Inthronisirung von Fürsten und Bischöfen. Bei einer solchen Auffassung enthält jener Artikel eine Verdächtigung, die ganz ungehörig ist. Wer das nicht fühlt, mit dem kann ich nicht disputiren, da giebt es nur Kampf, und wir wollen abwarten, wer in demselben Sieger bleibt. Meiner Meinung nach hat die konservative Partei nur Berechtigung durch den großen Führer, der zu ihr hält. Was soll man sagen, wenn die „Prov.-Korresp.“ erklärt, die Fortschrittspartei gehe darauf aus, sich die Armee unterzuordnen, oder die Anhänger derselben kennen nur vom Hörensagen, was direkte Steuern seien. Wird nicht von Berlin, dem Hauptsitz dieser Partei, die größte Quote direkter Steuern aufgebracht? Im Reichstag hat mir der Herr Minister v. Puttkamer zugesagt, im preußischen Landtag ein reichliches Material beizubringen für die Untersuchung, ob wir gerade berufen seien uns zu Richtern der öffentlichen Moral aufzuwerfen. Wenn das, was er heute uns vorgeführt hat, sein ganzer Vorrath ist, so muß ich sagen, daß ich sehr enttäuscht bin. „Böse Beispiele verderben gute Sitten!“ hat er dem Abg. Richter zugerufen. Mir scheint, dies Sprichwort findet mehr auf die Untergebenen des Herrn von Puttkamer Anwendung. Der Herr Minister hat sich beschwert, daß der Abg. Richter in einer Wahlrede die jetzige Politik eine egoistische, Interessen-Politik genannt. Auch von uns ist behauptet worden, daß wir gegen die Verstaatlichung der Bahnen wären, weil hinter uns Börsenfürsten mit rein persönlichen Interessen ständen. Was ist nicht bei meiner eigenen Wahl in Danzig zusammen gelogen worden. Da sollte ich kein Herz für die Armen haben und der liebe Gott selbst sich freuen, wenn ich nicht in den Reichstag käme, und doch bin ich mit größerer Mehrheit denn zuvor gewählt worden. Mit ein paar Wahlreden und Zeitungsartikeln sollte der Herr Minister darum lieber nicht kommen, um uns die „Prov.-Korr.“ zu rechtfertigen. Nun soll das literarische Bureau bestimmt sein, falsche Nachrichten oppositioneller Zeitungen richtig zu stellen. Unterscheiden sich etwa die konservativen Zeitungen in diesem Punkte von den Uebrigen? Ich erinnere daran, daß es die „Kreuz-Zeitung“ gewesen ist, welche die Nachricht gebracht, daß die Stellung des Finanzministers Bitter erschüttert sei. Weitere Bemerkungen unterlasse ich mit Rücksicht auf die Zeit. Ich bemerke nur, daß ich für den Fonds nicht stimmen werde, weil ich dem Herrn Minister v. Puttkamer, der, obschon er es verneint, die Vertrauensfrage gestellt hat, kein Vertrauen schenken kann. Ich breche damit nicht die Brücke zu der Regierung überhaupt ab, ich werde alle Vorlagen, auch des Herrn v. Puttkamer, sachgemäß prüfen. Vor der Hand aber bitte ich, diesen Titel, sowie den Dispositionsfonds für geheime Ausgaben der Polizei in Kap. 95 der Budgetkommission zu überweisen, damit wir erfahren, zu welchem Zweck die Fonds verwendet werden sollen. Wird dieser Antrag abgelehnt, so werde ich gegen die Bewilligung der Fonds überhaupt stimmen. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Eine Ueberweisung an die Budgetkommission in dem vom Abgeordneten Rickert angedeuteten Sinne kann zu nichts führen. Es widerspreche dem Charakter der geheimen Fonds, wollte die Regierung über die Verwendung derselben Auskunft geben. Der Vorredner beklagt die Spärlichkeit des beigebrachten Materials; ich hoffe, beim Etat des Ministeriums des Innern werde ich ihn zufriedenstellen können.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Diese Position ist bisher immer bewilligt worden, weil man sich überzeugt hatte, kein Ministerium könne den Fonds entbehren. Sie lassen heute wieder ein Feuerwerk los, weil Sie auf der Linken im Reichstage eine der schwersten Niederlagen erlitten haben über den Erlaß vom 4. Januar. Sie haben anerkennen müssen, daß dieser Erlaß das preußische Staatsrecht gegenüber der konstitutionellen Theorie enthält. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Wahlen eintreten, dann entsteht immer eine Anstandspause, das heißt: es hört auf sechs Wochen Anstand und Moral auf (Sehr richtig!) und die anständigeren Leute machen wirklich Geschäfte, wie sie sie in gewöhnlichen Zeiten nicht für sauber halten. (Sehr richtig!) Die Parteien lügen eigentlich nicht, aber sie lassen es sich gefallen, daß die lumpigsten Preßpiraten die infamsten Geschichten in die Welt setzen. (Sehr richtig!) In dem „Aufruf an die deutschen Volksschullehrer“ spielt natürlich die Erhöhung der Gehälter, welche vom Minister von Puttkamer nicht gehörig gefördert worden ist, eine sehr bedeutende Rolle. Dann ist hier ein Plakat an die deutschen Gastwirthe (Heiterkeit), in dem gesagt ist, daß im Falle eines Sieges der Konservativen die Schänken sehr früh Abends geschlossen werden müssen (Heiterkeit) und daß die Gastwirthe dann eine hohe Geldstrafe zahlen müssen, wenn in seiner Schänke sich einer von seinen Gästen betrinken wird. (Heiterkeit.) In einem Plakat für königstreue und freisinnige Wähler wird von dem erhabenen Beruf der Hohenzollern, den Bürger und Bauer gegen die Gewaltthätigkeit, Habsucht und Anmaßung der Junker zu schützen, gesprochen. (Sehr richtig! links.) Ich glaube wirklich, dieses Blatt ist ein Nachdruck von einem Aufruf vom Jahre 48, wo Pannemann oder wie die Leute hießen. (Große Heiterkeit.) Wenn ich auch für dasselbe nicht gerade die Fortschrittspartei verantwortlich machen will, so muß ich es doch thun für den politischen Katechismus für freisinnige Landleute mit der Unterschrift „Broschürenfonds der deutschen Fortschrittspartei,“ in welchem von den Junkern gesagt ist, daß sie vor den Wahlen gegen die Bauern auffallend freundlich seien, sich im Grunde aber doch nach der alten guten Zeit des Faustrechts und des Straßenraubes zurücksehnten, welches Handwerk ihren Vorfahren erst durch die Kurfürsten aus unserem Herrscherhause gelegt worden ist, dadurch, daß die letzteren mehrere Junker aufhängen ließen. (Große Heiterkeit!) Dann heißt es von den Landräthen, daß sie sich am wenigsten zu Abgeordneten eigneten, denn sie kämen nur in das Haus, um vor ihrem Minister zu paradiren, was dann leicht eine schnelle Beförderung zur Folge haben kann. (Sehr wahr! links.) Ja, warum sollen denn nicht auch mal Landräthe befördert werden? (Heiterkeit.) Die Ausdrucksweise der „Provinzial-Korrespondenz“ erkenne ich als zu stark an, aber Sie reicht noch lange nicht an das, was Sie uns hier in hunderten von Flugblättern auseinandersetzen. Ein halbpolnisches Flugblatt, auf dessen Rückseite ein polnisches Gedicht steht, empfiehlt den „Bauern“ Dirichlet zum Abgeordneten, da er nicht nur neue Steuern nicht will, sondern auch die alten zu verkleinern strebt. Er ist nicht nur ein guter, sondern auch ein kluger Mann, dem die Konservativen im Reichstage nichts anhaben können, weil er die Lacher stets auf seiner Seite hat, den sie nicht leiden können, weil er manches schlechte Gesetz zu Fall gebracht hat. Darum gebt am nächsten Donnerstag einen Zettel ab mit dem Namen des Bauern Dirichlet in Klein-Bretschtehmen: er ist Euer guter Bruder und er soll leben hoch! (Große Heiterkeit.) Herr Dirichlet als „Bauer“ scheint mir nicht unter ganz richtiger Flagge zu segeln. Ob Bauer, ob Rittergutsbesitzer entscheidet nicht mehr die rechtliche Natur des Grundbesitzes, sondern rein die Wirthschaftsform. Ich will für jedes Ministerium der Zukunft diese Ausgabe bewilligen. Ich will einmal annehmen, daß mein verehrter Gönner Rickert Minister des Innern wäre. Selbst dann wollte ich mich engagiren und sagen: dieser Fonds muß Sr. Excellenz bewilligt werden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Richter: Excellenz Rickert wird aber diesen Fonds nicht verlangen. (Große Heiterkeit; Rufe rechts: Abwarten!) Das ist eben der große Unterschied zwischen uns. Gegen die Ueberschwenglichkeit eines Flugblattes bedarf man keiner geheimen Fonds, da reicht die Kritik eines guten Humors aus. Ich hatte die Verlesung dieses Aufrufes schon lange erwartet; ein besserer Lektor wie Herr von Meyer war nicht zu finden. (Heiterkeit.) Die konservativen litthauischen Flugblätter schließen nicht blos mit einem Hoch auf den Kandidaten, sondern enthalten vollständige Gebete für denselben. (Heiterkeit.) Unsere Broschüren und Flugblätter sind aus unseren Mitteln hergestellt. Brauchen Sie dieselben Waffen; warum verlangen Sie, daß die Regierung dazu aus solchen Fonds Geld geben soll. Dazu sind die Mittel der Steuerzahler, unter denen es auch Gesinnungsgenossen von uns giebt, nicht vorhanden, das ist ein Mißbrauch von Staatsgeldern. Gegen ein Preßbüreau zur Orientirung für die Regierung haben wir nichts einzuwenden, möchte man nur die Stimmen der Presse auch beachten. Zum Dementiren ist der „Staatsanzeiger“ da; die Dementirungen würden mehr Eindruck machen, wenn sie sich weniger an die Worte als an die Thatsachen hielten. Man dementirt, daß die „Politische Korrespondenz“ in Wien mit der Regierung in Verbindung stehe, dabei kann man es doch nicht leugnen, daß der Direktor des literarischen Bureaus des Staatsministeriums mit derselben in Verbindung steht. Was wir nicht wollen, ist, daß unter dem Schein unabhängiger Preßstimmen öffentliche Meinung gemacht wird. Der Minister hat in einer Reihe scharfer Ausdrücke die Fortschrittspartei und ihre Presse getadelt; was aber hat der Minister an thatsächlichem Beweis für die allgemeinen Behauptungen vorgebracht? Eine Aeußerung aus einer Iserlohner Rede von mir. Die Herren auf der Rechten riefen schon Pfui! noch bevor sie die Aeußerung gehört hatten. Sie sind so gewohnt, nach dem Ministertisch hin Beifallssalven zu richten, daß sie zu früh abschießen. Ist Fürst Bismarck gegenwärtig etwa gegen den Eisenzoll? Umgekehrt, er hat denselben wieder eingeführt. Wie kann ich nun durch den Nachweis seines landwirthschaftlichen Interesses gegen den Eisenzoll darthun wollen, daß er in der Gesetzgebung seine Privatinteressen verfolge? Jeder könnte mir doch sofort erwidern, daß die Wiedereinführung des Eisenzolls durch den Fürsten Bismarck gerade das Gegentheil beweise. Was ich in Iserlohn gesagt habe, habe ich nicht blos dort, sondern seit Jahren in vielen Versammlungen, auch im Reichstage angeführt, um das Interesse der Landwirthschaft gegen den Eisenzoll an dem Beispiel der Maschinen zu erläutern. Der Vorfall selbst ist so oft seit 1873 in der Presse ohne Widerspruch berichtet, daß an seiner Richtigkeit nicht mehr gezweifelt werden konnte. Läge in meiner Anführung eine Beleidigung, so wäre längst ein Klageantrag gegen mich angestellt. Man kann höchstens sagen, es sei nicht zart, an den persönlichen Verhältnissen des Fürsten Bismarck die Wirkungen der Gesetzgebung zu exemplifiziren. Aber Fürst Bismarck selbst nöthigt uns zu dergleichen, denn es ist seine Eigenthümlichkeit, am liebsten aus seinen persönlichen Erfahrungen hinaus bestimmte gesetzgeberische Maßregeln zu rechtfertigen. Er hat dies gethan bei den Differentialtarifen für Holz bei der Berliner Miethssteuer, beim Getreidezoll, bei der Kreisordnung, wo er sich auf seine Varziner Erfahrungen berief, um die Klinke der Gesetzgebung zu ergreifen. In der That war im Sommer 1873 der Arbeitermangel so stark, daß das Bedürfniß zur Einführung landwirthschaftlicher Maschinen besonders lebhaft empfunden wurde und der Zoll besonders drückend erschien. Wie kann man aus dieser Bezugnahme einen Angriff herleiten, daß Fürst Bismarck in seinem Privatinteresse gehandelt? Der Minister verspricht die Milderung starker Ausdrücke. Starke Ausdrücke schaden uns nicht, diese richten sich selbst. Was wir nicht wollen, sind die falschen Citate, die Fälschung aktenmäßiger Darlegung, kurzum die Fälschung der Thatsachen. Aber eine Besserung ist nach der heutigen Sitzung um so weniger zu erwarten, als das Beispiel des Ministers v. Puttkamer geeignet ist, die guten Sitten der „Provinzial-Korrespondenz“, wenn sie noch welche hätte, zu verschlechtern. Indem er auf die Aeußerungen Virchows in Betreff der Kirche zurückgreift, zitirt er selbst falsch. Er stellt es so dar, als ob sich Virchow gegen die Kirche, gegen den Glauben, gegen die Religionsübung und Religionsgemeinschaft ausgesprochen hätte, während selbst Herr Strosser anerkennen mußte, daß jene Aeußerung gegen die Kirche nur im staatsrechtlichen Sinne gemeint war; also die Kirche unabhängig von der Gemeinde im Gegensatz zur Autonomie der Religionsgemeinde. Schon in derselben Sitzung hatte ich dargelegt, daß dieser Standpunkt im Extrem in Amerika zur Wahrheit geworden sei. Niemand hat behauptet, daß das amerikanische System der Kirche und Religion feindlich sei, ja die Zentrumspresse erörtert gerade jetzt, ob nicht dieses System der gegenwärtigen preußischen Kirchengesetzgebung vorzuziehen sei. Gerade diese illoyale Kampfesweise, Aeußerungen aus allem Zusammenhang herauszugreifen und ihnen einen entstellten Sinn unterzulegen, vergiftet den politischen Kampf. Der Minister hat sodann auf die früheren Geschäfte der Fortschrittspartei zurückgegriffen. Jener Artikel der „Prov.-Corr.“ hat uns außerordentlich genutzt, denn die Art, wie darin die politischen Verhältnisse vor 1866 behandelt werden, hat gerade in den alten Provinzen eine große Erbitterung gegen die Regierung wachgerufen. Der Minister zitirt nicht etwa unser Parteiprogramm von 1861, sondern ein Programm des Nationalvereins von kölner Mitgliedern, die sämmtlich nicht unserer Partei hier im Hause angehören. Indeß, ich acceptire jenes Programm auch heute noch. (Redner verliest dasselbe, woraus hervorgeht, daß die Fortschrittspartei zu jeder Bewilligung von Geld- und Mannschaften bereit sei, in einem Kriege Preußens für die Ehre und Freiheit Deutschlands.) Zur Revanche will ich aber nun auch aus früherer Zeit ein Zitat machen. Fürst Bismarck sagte am 6. September 1849: Die Armee hegt keine dreifarbigen Begeisterungen, in ihr werden Sie ebensowenig als im übrigen preußischen Volke das Bedürfniß nach einer nationalen Wiedergeburt finden. Ich habe noch keinen preußischen Soldaten singen hören: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ (Hört! hört! links.) Eine solche Rede ihm im Wahlkampfe entgegenzuhalten, dazu waren wir zu anständig. (Oho! rechts.) Nun, ich kann Ihnen auf der Rechten auch das Programm vom 20. September 1861, woran auch Herr Strosser betheiligt war, entgegenhalten. Dasselbe erklärt sich gegen den Kronenraub und Nationalitätenschwindel. Der Minister spricht von Kompensationen. Mögen die Herren beim Wahlkampf, das gestehen wir Ihnen zu, dieselben Mittel gebrauchen wie wir. Schreiben Sie Briefe gegen uns wie Fürst Bismarck; halten Sie Reden selbst oder durch Ihre Söhne; steigen Sie zum Volke herab (Heiterkeit), aber benutzen Sie nicht die Staatsgelder, nicht die amtliche Autorität zur Beeinflussung des Wahlkampfes. Der Wahlkampf soll entscheiden, ob die Regierung für gewisse Maßnahmen die Unterstützung des Volkes verdient, aber nicht eine Probe sein auf die Stärke der Regierungsgewalt zur Unterdrückung der wirklichen Meinung des Volkes. Je mehr sie für ihre Absichten in weiten Kreisen der Bevölkerung an Unterstützung verliert, z. B. für das Tabakmonopol, denn das ist doch eigentlich des Pudels Kern, desto mehr sucht sie durch Beeinflussung der Beamten und der Presse, sowie durch sonstige äußere Mittel sich oben zu erhalten. Wir werden die Regierung nach dieser Seite nicht unterstützen, wir haben die Brücke nach dieser Richtung abgebrochen, weil wir überzeugt sind, daß dieses System nicht zum Vortheil, sondern zum Schaden des Landes gereicht. (Beifall links, Zischen rechts.)

Minister v. Puttkamer: Ich will nicht sagen, daß wir ohne die 93,000 Mark schlechterdings nicht leben können; aber die „Provinzial-Korrespondenz“, die sich zum größten Theile selber erhält, kommt dabei mit einem kaum nennenswerthen Betrage, mit 30,000 M., in Betracht. Daß der Wortlaut der Iserlohner Rede nur die von mir angegebene Deutung zuläßt, muß ich aufrecht erhalten. Das ist doch eine Schmähung des Kanzlers, die dieser Mann in der That nicht verdient.

Abg. v. Bennigsen: Durch unser Votum sprechen wir der Regierung weder Mißtrauen noch Vertrauen aus. Dieser Fonds ist ein solcher, wie ihn keine Regierung entbehren kann, und wir werden ihn deshalb bewilligen. Damit billigen wir aber keineswegs die Art und Weise, wie die Regierungsblätter verfahren sind, und die der Regierung weniger genutzt als geschadet hat. Eine Regierung von der Machtstellung, wie die unsrige, könnte den politischen Kampf in der Presse wohl vornehmer und sachlicher führen. Auf dem bisherigen Wege kann es bei uns nicht weitergehen. (Beifall links.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Virchow, man möge seine Worte bezüglich der „guten Revolutionäre“ nicht durch Herausreißung derselben aus dem Zusammenhange entstellen. Er habe damals zur Zeit der Attentate mit Hinweis auf die Sozialdemokraten behauptet, daß dieselben, wenn auch Revolutionäre, doch keine Königsmörder seien — ein Unterschied, den übrigens selbst das internationale Recht anerkenne.

Abg. Richter bemerkt in wiederholter Wechselrede, daß seine Rede in Gransee, in der er genau so gesprochen habe, wie in Iserlohn, in der dortigen Versammlung dieselbe Interpretation von konservativer Seite erfahren habe, die ihr hier der Minister habe zu Theil werden lassen. Er habe aber sofort an Ort und Stelle eine Berichtigung eintreten lassen.

Die Abgg. v. Quast und v. d. Knesebeck wollen von einer Berichtigung nichts gehört haben, sie geben aber zu, der Versammlung allerdings nicht bis zu Ende beigewohnt zu haben.

Um 4½ Uhr wird die weitere Berathung bis Montag 11 Uhr vertagt.

Aus dem Gerichtssaal.

Sozialistenprozeß.

(Fortsetzung.)

✳ **Posen**, 18. Februar. Der Zeuge Vergolder Desperak bekundete, daß er auf dem Alten Markte von Janiszewski angesprochen und eingeladen wurde, des Abends in das Kindler'sche Schanklokal auf der

Halbdorfstraße zu kommen, wo etwas besprochen werden sollte, was für die Arbeiter sehr wichtig sei. In dem Kindler'schen Lokale sei ihm von Mendelsohn die Broschüre Kto z czego żyje ausgehändigt. Als er einige Tage später dem Janiszewski und Goryszewski begegnete, stellte ihn der erstere dem letzteren mit den Worten vor, das ist auch einer von den Unsrigen. Nachdem aus dem „Reichsanzeiger" die Verordnungen verlesen waren, nach welchen die beschlagnahmten Schriften verboten wurden, schloß der Vorsitzende die Beweisaufnahme.

Herr Staatsanwalt Heinemann ergriff hierauf das Wort. Sämmtliche Angeklagte hätten die Rechtsordnung schwer verletzt. Es sind beschuldigt:

1) Mendelsohn, Truszkowski und Janiszewski: Im August 1881 in Posen durch planmäßige Verbreitung der ihrem Inhalte nach von ihnen gekannten und gebilligten Broschüre Kto z czego żyje zur Begehung von strafbaren Handlungen, nämlich von Landfriedensbruch und Raub aufgefordert zu haben, wenngleich ohne Erfolg, ferner in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiter, Fabrikbesitzer, Gutsbesitzer, Militärs und Beamten zu Gewaltthätigkeiten gegen einander angereizt, und erdichtete und entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet und entstellt sind, öffentlich verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen, namentlich die Verwaltungs- und Militärbehörden, verächtlich zu machen.

2. Mendelsohn, Truszkowski, Janiszewski und Bujakiewicz: im August 1881 im Inlande durch Bildung von geheimen sozialistischen Gruppen an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte, Theil genommen zu haben, ferner an einer Verbindung Theil genommen zu haben, zu deren Zwecken es gehörte, die Vollziehung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 durch das ungesetzliche Mittel geheimer Verbreitung der auf Grund jenes Gesetzes verbotenen Druckschriften zu verhindern und zwar die ersten drei als Stifter, Bujakiewicz als Vorsteher.

3. Janiszewski: am 21. August in Unter-Wilda bei Posen Se. Majestät den deutschen Kaiser und König von Preußen, seinen Landesherrn, beleidigt und die Mitglieder der damals gebildeten geheimen Gruppen mit der Begehung des Mordes bedroht zu haben.

4. Mendelsohn, Truszkowski, Janiszewski und Bujakiewicz: am 21. August 1881 in der Ortschaft Unter-Wilda bei Posen an einer Versammlung unter freiem Himmel, zu welcher die erforderliche Genehmigung der Ortspolizeibehörde nicht ertheilt war, Theil genommen zu haben und zwar die drei ersten, indem sie zu dieser Versammlung aufforderten und auffordern ließen und darin als Leiter und Redner thätig waren.

5. Mendelsohn, die Jankowska, Truszkowski, Janiszewski und Bujakiewicz: im August 1881 in Posen in Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, als Redner aufgetreten zu sein und zwar: Mendelsohn in 7 Fällen jedesmal als Unternehmer mit Anderen und als Redner, die Jankowska in 2 Fällen als Unternehmerin mit Anderen und als Rednerin, Truszkowski in einem Falle als Unternehmer mit Anderen, in einem zweiten Falle als Unternehmer und Redner und in zwei ferneren getrennten Fällen jedesmal als Unternehmer mit Anderen und als Redner, Janiszewski in drei Fällen als Unternehmer mit Anderen und in drei ferneren Fällen als Unternehmer mit Anderen und Redner.

6. Bujakiewicz und Kossobucki: im Sommer 1881 im Inlande, der Erstere durch Absendung des an Mendelsohn gerichteten Briefes nach Thorn, der Letztere durch Unterstützung der Flucht des Mendelsohn nach Begehung der voraufgeführten Strafthaten des Mendelsohn demselben wissentlich Beistand geleistet zu haben, um ihn der Bestrafung zu entziehen.

7. Die Jankowska, Truszkowski und Goryszewski: im Sommer 1881 im Inlande Druckschriften verbreitet zu haben, welche gemäß § 1. 11. 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 von der zuständigen Behörde verboten waren, und zwar: die Jankowska in einem Falle durch Aushändigung der in Thorn in Beschlag genommenen Druckschriften an Mendelsohn. Truszkowski in drei Fällen durch Vertheilung der Równość, des Kwestyonariusz und des Kapitał i praca; beide als Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 Absatz 2 des gedachten Gesetzes bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machte, Goryszewski in einem Falle,

8. Die Jankowska und Truszkowski im August und im September 1881 im Inlande sich ihnen nicht zukommender Namen zuständigen Beamten gegenüber bedient zu haben.

9. Die Jankowska im August 1881 in Posen, um Behörden zum Zwecke ihres besseren Fortkommens zu täuschen, wissentlich von einem falschen Passe Gebrauch gemacht zu haben.

Hiernach haben die Angeklagten sich der Verletzung der §§ 111, 130, 131, 73, 41, 128, 129, 95, 241, 257, 360 Nr. 8 und 363 Strafgesetzbuchs, § 20 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874, § 1, 9, 12, 17 der Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts, § 1, 11, 12, 14, 19, 22 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 schuldig gemacht. Durch die stattgehabte Beweisaufnahme müsse er die Anklage in allen ihren Punkten aufrecht erhalten, bis auf das dem Bujakiewicz ad 6 zur Last gelegte Vergehen, welches nicht erwiesen sei und daher Bujakiewicz in dieser Beziehung freizusprechen sei.

Die Angeklagten Mendelsohn, Truszkowski, Janiszewski, v. Jankowska geben zwar zu, Sozialisten zu sein, bestreiten aber, berufsmäßige Agitatoren im sozialistischen Dienste zu sein. Dieses letztere sei ihnen jedoch schon durch ihr Vorleben erwiesen und auch daraus, daß sie, was sie selbst zugestehen, sozialistische Schriften verbreitet haben. Mendelsohn war in der Schweiz Redakteur sozialistischer Schriften, machte Reisen nach Südfrankreich und Italien und kam über Dresden nach Posen. In Wien wurde er wegen sozialistische Umtriebe verhaftet und stand dieserhalb vor dem Schwurgerichte in Krakau. Truszkowski stand mit dem Mendelsohn vor demselben Schwurgerichte, ist in der Schweiz mit Sozialisten zusammengekommen und kam auf Umwegen hierher nach Posen. Frau v. Jankowska hat mit Mendelsohn in stetem Verkehr gestanden und hat kurz von Schluß der Beweisaufnahme zugestanden, daß sie berufsmäßige Agitatorin ist. Janiszewski hat sich schon in der ganzen Welt umhergetrieben, er hat nirgends als Buchbindergeselle gearbeitet, er hat sich die sozialistischen Agitationen zu seinem Broderwerbe gemacht.

Bujakiewicz ist, wie er selbst zugesteht, Sozialist, er würde aber auch ein berufsmäßiger Agitator geworden sein, wenn die geheime Verbindung nicht rechtzeitig entdeckt worden wäre. Das Ziel dieser Sozialisten war gewaltsamer Umsturz aller Rechtsverfassungen und handle es sich hier nicht um harmlose Bestrebungen. So werden in einer der verbreiteten Schrift „Kto z czego żyje" Berliner Attentate als Heldenthat gepriesen, damals wurde bestritten, daß die Attentäter Sozialisten seien, hier werden die Attentate als ein Werk der Sozialisten bezeichnet. Nur ein Wust von Unsinn war es, der nach den verbreiteten Schriften als Fundament der Organisation dienen sollte. Die ganze Agitation wurde in den Schleier des Geheimnisses gezogen und dieser Umstand brachte es mit sich, daß nur ein ganz kleiner Theil der Theilnehmer gewußt hat, um was es sich handle. Ein dreiwöchentliches Wirken hierselbst genügte, um das Gift des Sozialismus unter die polnischen Arbeiter zu verstreuen. Der „Orędownik" hat durch das Aufdecken dieser Schandthaten doppelt patriotisch gehandelt, er hat nicht allein dem preußischen Staate damit einen Dienst erwiesen, er hat sich auch der polnischen Arbeiter als seiner Landsleute mit Herz angenommen. Mendelsohn hat bald gemerkt, daß er die eifrigste Bundesgenossin in der Frau v. Jankowska gefunden hatte und stand daher mit ihr in einem regen Verkehre, er gab ihr sofort Nachricht von seinem Wirken, in einem Briefe an sie spricht er seine Absicht aus, nach Italien zu gehen, und fragt, ob sie vor ihrer Abreise nach Genf sich nicht mit ihm treffen wolle, da er mit ihr über „Angelegenheiten" Rücksprache nehmen möchte. In einem Briefe theilt die v. Jankowska dem Mendelsohn mit, daß die Verhältnisse ihr nicht gestatten, nach Warschau oder Posen zu reisen, daß sich aber Jemand gefunden habe, um die „Spielsachen" — darunter sind nach dem eigenen Zugeständnisse sozialistische Schriften verstanden — nach W. zu schaffen. Die Frau von Jankowska wollte sich nach ihren Angaben nur an Männer anschließen, die etwas Großes im Sinne haben, hat zuerst bestritten, daß sie eine berufsmäßige Agitatorin sei, im letzten Augenblicke hatte sie dies jedoch zugeben müssen. Was die Gruppenbildung anbelangt, so hat die Anklage nur die eine im Ciszewski-schen Lokale den Angeklagten Mendelsohn, Truszkowski, Janiszewski und Bujakiewicz zum Vorwurf gemacht. Dieselbe ist auch erwiesen. Der Zeitraum von 6 Wochen hätte genügt, um den Gruppen Lebensfähigkeit zu geben und wären dieselben nur einmal in Aktion getreten, so hätte Anklage auf Hochverrath erhoben werden müssen. Von den gewonnenen Genossen im Ciszewski'schen Lokale ist nur dem Bujakiewicz, welcher an Bildung den übrigen Arbeitern überlegen ist, nachgewiesen, daß derselbe das Bewußtsein einer strafbaren Handlung hatte, er hat gewußt, daß es sich um eine geheime politische Verbindung handle. Der § 128 des Strafgesetzbuchs verlangt, daß das Dasein und der Zweck der Verbindung vor der Staatsregierung geheim gehalten werden solle. Der Zweck der Gruppenbildung war, daß jede Gruppe aus 10—12 Personen bestehen sollte, daß Vorsteher und Stellvertreter ernannt wurden, daß Geld zur Beschaffung von Broschüren gesammelt werden sollte; der demnächstige Hauptzweck aber war der Umsturz aller Rechtsverfassungen, es war eine bestimmte Zeit zur Ausführung dieses Hauptzweckes in Aussicht gestellt. Mendelsohn, Truszkowski und Janiszewski sind die Stifter, Bujakiewicz, Vorsteher einer dieser Gruppen gewesen. Was die planmäßige Verbreitung von verbotenen Druckschriften anlangt, so ist nur erwiesen, daß dies bei der Broschüre Kto z czego żyje der Fall ist. Es sind zwar noch die Równość und der Przedświt verbreitet worden, bei der Równość sei jedoch nicht erwiesen, welche Nummern verbreitet worden sind, Przedświt könne darum nicht in Betracht kommen, weil zur Zeit der Vorbereitung derselben diese Schrift noch nicht verboten war. Die planmäßige Verbreitung ist ebenfalls durch die Zeugen bewiesen. Die Broschüre Kto z czego żyje? enthalte alle die strafbaren Handlungen, deren die Personen zu 1 beschuldigt werden. Alle übrigen Beschuldigungen sind ebenfalls erwiesen. Zu 7 sei zwar die Schrift „Kapitał i praca" nicht geradezu verboten, es ist dies jedoch eine wortgetreue Uebersetzung der Schrift „Kapital und Arbeit" von Most, und diese letztere sei durch die Kreishauptmannschaft zu Leipzig am 3. Dezember 1878 verboten, und es ist selbstverständlich, daß alle Uebersetzungen dieser Schrift mitverboten seien. Was die Strafzumessung anbelangt, so müsse erwogen werden, daß die drei Agitatoren Mendelsohn, Truszkowski und v. Jankowska nicht aus Noth, sondern aus Ehrgeiz und Sucht nach Abenteuern handelten, ferner daß es Ausländer sind, daß die Gruppenbildung nahe an Hochverrath streift, auch müsse die Bildung und die Vermögensverhältnisse in Betracht gezogen werden. Gegen diese drei Angeklagten müsse das höchste gesetzliche Strafmaß für alle Strafthaten Platz greifen. Er beantrage daher:

gegen Mendelsohn wegen der Punkte ad 1 und 2 je zwei Jahre Gefängniß, ad 4 3 Monate Gefängniß, ad 5 für 7 Fälle je 6 Wochen Haft, zusammen eine Gefängnißstrafe von 4 Jahren Gefängniß und 3 Monaten Haft;

gegen Truszkowski ad 1 und 2 je zwei Jahre Gefängniß, ad 4 3 Monate Gefängniß, ad 5 für 4 Fälle je 6 Wochen Haft, ad 7 für 3 Fälle je 6 Monate Gefängniß, ad 8 6 Wochen Haft, zusammen eine Gesammtstrafe von 5 Jahren Gefängniß und 3 Monaten Haft;

gegen Janiszewski, weil er kein gebildeter und vermögender Mensch ist: ad 1 und 2 je 1 Jahr, ad 3 wegen der Majestätsbeleidigung 6 Monate, wegen der Bedrohung mit Rücksicht auf die Schwere derselben ebenfalls 6 Monate Gefängniß, ad 4, 6 Wochen Gefängniß, ad 5 für 6 Fälle je 3 Wochen Haft, zusammen eine Gesammtstrafe von 3 Jahren Gefängniß und 3 Monaten Haft;

gegen die von Jankowska ad 7, 6 Monate Gefängniß, ad 8 und 9 je 6 Wochen Haft, zusammen eine Gesammtstrafe von 6 Monaten Gefängniß und 3 Monaten Haft.

Bei Mendelsohn, Truszkowski und v. Jankowska auf Grund des § 2 des Sozialistengesetzes die Zulässigkeit der Beschränkung des Aufenthalts auszusprechen, die Untersuchungshaft bei diesen 4 Angeklagten nicht anzurechnen, weil die Untersuchung durch das hartnäckige Leugnen der Angeklagten sich in die Länge gezogen hat:

gegen Bujakiewicz ad 2) 6 Monate Gefängniß, ad 5) 110 M. Strafe eventuell 22 Tagen Haft;

gegen Kossubucki ad 6) 3 Monate Gefängniß;

gegen Goryszewski ad 7) 3 Monate Gefängniß, welche durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten seien.

Endlich die Unbrauchbarmachung sämmtlicher beschlagnahmten Schriften auszusprechen.

Der Rechtsanwalt Dr. Lewinski als Vertheidiger des Mendelsohn hob hervor, daß man einen Unterschied zwischen Sozialismus und Nihilismus machen müßte, schilderte sodann die Arbeiterbewegungen vom Jahre 1863 ab. Mendelsohn sei hier nach Posen gekommen, um dem polnischen Arbeiter klar zu machen, daß er zu wenig Lohn bekäme. Die Anklage wirft ihm die Verbreitung von sozialistischen Schriften, Abhaltung von Versammlungen ohne polizeiliche Genehmigung und Bildung von geheimen Verbindungen vor. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Mendelsohn nur einer Person eine Schrift gegeben habe, Versammlungen im Sinne des Gesetzes habe Mendelsohn gleichfalls nicht abgehalten, es seien dies nur Zusammenkünfte gewesen, es habe ferner kein Zeuge bekundet, daß an dem Tische des Mendelsohn ein Gruppe (kółko) gebildet worden sei. In der Broschüre Kto z czego żyje werde aber auch nicht zum Landfriedensbruch und Raube aufgefordert, denn die Worte „wegnehmen mit die Gewalt" seien nicht von dem Verfasser selbst, sondern in einem Dialoge desselben mit einem Arbeiter gebraucht. Sie sind eine Frage, auf welche der Verfasser keine direkte Antwort gäbe. Aber auch der öffentliche Friede werde nicht gefährdet, wenn diese Broschüre an zwei bis drei Arbeiter weiter gegeben werde. Bei der Strafzumessung beantrage er gleichfalls die Bildung des Mendelsohn jedoch zu dessen Gunsten zu erwägen, denn es läge wohl auf der Hand, daß eine geringe Gefängnißstrafe den gebildeten Menschen härter strafe, als eine längere den ungebildeten; aus Ehrgeiz oder Sucht nach Abenteuern habe Mendelsohn ebenfalls nicht gehandelt, denn wenn jemand sich mit einem gewöhnlichen Arbeiter stundenlang unterhält und sich den Alkoholgerüchen der Wallischei und Wasserstraße aussetze, der handle gewiß aus Ueberzeugungstreue. — Der Rechtsanwalt Fahle als Vertheidiger des Truszkowski, Janiszewski und Goryszewski — für den letzteren als Substitut des Justizraths le Viseur, welcher während der Verhandlung erkrankt ist — schildert zunächst den Unterschied zwischen den rothen und blauen Sozialisten. Er schließt sich im Wesentlichen den Anführungen seines Vorredners an. Dem Truszkowski sei zum Vorwurfe gemacht worden, die Broschüre „Kapitał i praca" verbreitet zu haben. Die Staatsanwaltschaft sei aber den Beweis schuldig geblieben, daß dies eine wortgetreue Uebersetzung der Broschüre „Kapital und Arbeit" sei. Rechtsanwalt v. Jażdżewski als Vertheidiger der Frau v. Jankowska hob hervor, daß seine Klientin Bücher erhalten, die sie nicht bestellt habe, sie wollte nach Hause reisen und ging es ihr darum, die Bücher auf jede Weise los zu werden. Die Staatsanwaltschaft sei den Beweis schuldig geblieben, daß die Frau von Jankowska gewußt habe, der Paß sei falsch, der Paß sei nämlich in der That richtig gewesen. Frau von Jankowska habe sich an keinen Versammlungen, sondern nur an Zusammenkünften betheiligt. Er beantrage daher prinzipaliter Freisprechung. Sollte jedoch der Gerichtshof anderer Meinung sein, dann bitte er bei der Bestrafung darauf Rücksicht zu nehmen, daß dieselbe so bald als möglich ihrer Familie wiedergegeben werde, damit sie von ihrer zerrütteten Gesundheit wieder hergestellt werde. Frau v. Jankowska erklärte noch zu ihrer Vertheidigung, daß sie hierher gekommen sei, weil sie eine Polin sei, das polnische Volk liebe und auch den polnischen Arbeiter auf gleiche Stufe mit dem deutschen Arbeiter stellen wollte. Die deutschen Arbeiter hätten ihre Vertreter im Reichstage, während der polnische Arbeiter es dahin noch nicht gebracht hätte und dies letztere wäre ihr Hauptzweck hier in Posen gewesen. Nachdem der Vorsitzende eröffnet hatte, daß am Montag den 20. d. Mts. Fortsetzung der Verhandlung stattfindet, schloß er Nachmittags 4 Uhr die Sitzung.

Telegraphische Nachrichten.

Konstantinopel, 17. Februar. Die außerordentliche preußische Gesandtschaft unternahm heute Mittag eine Rundfahrt durch die Stadt. Die Ueberreichung des Schwarzen Adlerordens an den Sultan findet morgen Abend statt.

Konstantinopel, 19. Februar. Bei der gestern Abend erfolgten Ueberreichung des Schwarzen Adleordens durch den Fürsten Radziwill sagte der Sultan, die ihm erwiesene Ehre sei ein neues Unterpfand der guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei und er hoffe, daß diese Beziehungen sich in Zukunft immer fester gestalten werden. Der Audinz folgte ein Galadiner. Der Sultan verlieh dem Fürsten Radziwill den Großkordon des Osmanie-Ordens.

Konstantinopel, 19. Februar. Die Mitglieder der außerordentlichen preußischen Gesandtschaft wurden gestern Nachmittag 5 Uhr von dem Introdukteur der Gesandten in 3 Hof-Galawagen abgeholt, im Palast des Sultans vom Minister des Auswärtigen empfangen und durch denselben zum Sultan geleitet. Die Ueberreichung des Schwarzen Adlerordens an den Sultan fand in Anwesenheit der Mitglieder der hiesigen deutschen Botschaft statt. Nach der Ueberreichung zog sich die außerordentliche preußische Gesandtschaft zurück und nahm die Vorstellung der Paschas und anderer hohen Würdenträger entgegen. Bei der darauf folgenden Festtafel im großen Saale hatte der Sultan am oberen Ende der Tafel Platz genommen, rechts von ihm saß der Chef der außerordentlichen preußischen Gesandtschaft, Fürst Radziwill, links der deutsche Geschäftsträger und erste Botschafts-Sekretär von Hirschfeld. Die Privatkapelle des Sultans machte Tafelmusik. Nach der Tafel wurden die Mitglieder der außerordentlichen preußischen Gesandtschaft und die höchsten Würdenträger nach dem Privatsalon des Sultans entboten, wo sich der Sultan mit ihnen auf das Huldvollste unterhielt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celf. Grad.
18. Nachm. 2	756,2	NW lebhaft	bedeckt ¹)	+4,7
18. Abnds. 10	750,8	SW lebhaft	bedeckt	+4,7
19. Morgs. 6	748,0	W lebhaft	bedeckt Regen	+5,7
19. Nachm. 2	749,0	W stark	trübe ²)	+5,3
19. Abnds. 10	753,4	W stark	wolkenlos	+0,4
20. Morgs 6	758,9	NW lebhaft	trübe Reif	0,0

¹) Regenhöhe: 0,9 mm.
²) Regenhöhe 0,4 mm.

Am 18. Wärme-Maximum + 6°0 Celf.
" " Wärme-Minimum + 1°0 "
" 19. Wärme-Maximum + 6°5 "
" " Wärme-Minimum + 0°3 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Februar Morgens 0,98 Meter.
" " 20. " Morgens 1,00 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 18 Februar. (Schluß-Course.) Schwach.
Lond. Wechsel 20,48. Pariser do. 81,12. Wiener do. 170,55, K.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 99¾. K.-M.-Pr.-Anth. 128. Reichsanl. 101⅛. Reichsbank 148⅜. Darmstb. 152¾. Meininger B. 87½. Oest.-ung. Bk. 695 50. Kreditaktien 259½. Silberrente 64⅝. Papierrente 63. Goldrente 78⅝. Ung. Goldrente 72¾. 1860er Loose 119⅜. 1864er Loose 329,00. Ung. Staatsl. 222,50. do. Ostb.-Obl. I. 92⅜. Böhm. Westbahn 253⅜. Elisabethb. —. Nordwestbahn 171½. Galizier 248½. Franzosen 256¾. Lombarden 106¾. Italiener 86¼. 1877er Russen 87¾. 1880er Russen 70⅛. II. Orientanl. 57⅛. Zentr.-Pacific 111⅜. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57. Wiener Bankverein 97⅜. ungarische Papierrente —. Buschtiehrader — Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 261, Franzosen 257½, Galizier 248½, Lombarden 108, II. Orientanl. —, III. Orientanl. — österr. Goldrente —.

Wien, 18. Februar. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 287,00. österr. Krediktaktien 296,50, Franzosen 300,00, Lombarden 127,00, Galizier 289,00, Anglo-Austr. —, öst. 4% Papierrente 74,05, do. Goldrente 91,75, Marknoten 58,55, Napoleons 9,52, Bankverein 107,50, Elbthal 201,50, ungar. Papierrente 85,00, 4prozent. ungar. Goldrente 85,10, 6proz. ungar. Goldrente 117,75, Nordwestbahn 203,00. Geschäftslos.

Produkten-Kurse.

Bremen, 18. Februar. Petroleum. (Schlußbericht) Niedrig. Standard white loco 7,40, pr. März 7,40 bez., per April 7,60 Br., per Mai 7,60 Br., pr. August-Dezember 8,30 Br.

Wien, 18. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Frühjahr 12,37 G., 12,40 Br. Hafer pr. Frühjahr 8,40 Gd., 8,45 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,60 Gd., 7,65 Br.

Antwerpen, 18. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen ruhig. Hafer träge. Gerste unverändert.

Produkten-Börse.

Berlin, 18. Febr. Wind: SW. Wetter: Regen.

Weizen per 1000 Kilo loko 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark ab Bahn, per Februar 218½ bezahlt, per Februar-März — M. bez., per April-Mai 222 Mark bez., per Mai-Juni 222½ Mark bez., Juni-Juli 223 M. bez., Juli-August 216 M. nom., Sept.-Oktober 213 Mark nom. — Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — M. — Roggen per 1000 Kilo loko 163—173 Mark nach Qualität gefordert, hochfeiner inländischer 167—170 Mark ab Bahn bezahlt, exqu. do. — M. ab B. bez., defekter inl.162 M. ab B. bez., alter — Mark ab B. bezahlt, russischer und polnischer 163—166 Mark a. B. bezahlt, per Februar 168½ Mark bez., per Februar-März 168 M. bez., per April-Mai 167½—167—167½ bez., Mai-Juni 166—165½—166¼ bez., Juni-Juli 165—164¾—165 M. bez. Juli-August — bz. Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — Mark. — Gerste per 1000 Kilo loko 133—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 133—172 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 133 bis 142 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 142—154 M. bezahlt, pommerscher und Uckermärker 141—149 bezahlt, schlesischer 151—156 bez., böhmischer 151—156 M. bezahlt, do. fein 158—162 bez., fein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 138½—139 bez., per Mai-Juni 139½—140 bez., per Juni-Juli 140¼—140¾ M. Gekündigt — Zentnr. Regulirungspreis — Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 165—200 M., Futterwaare 148 bis 163 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 142—153 nach Qualität gefordert, per Februar — Mark, Februar-März — M., per April-Mai 139½ Mark, per Mai-Juni 136½ M. bez., per Juni-Juli 136 M., per September-Oktober 134 Mark. Gekündigt — Ztnr. Regulirungspreis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 31,50 bis 30,00 Mark, 0: 29,00—28,00 M., 0/1: 28,00 bis 27,00 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 24,75 bis 23,75 Mark, 0/1: 23,25 bis 22,25 M., per Februar 23,10—23,15 bez., per Februar-März 23,05—23,10 M. bez., per April-Mai 22,95—23,05 M. bez., per Mai-Juni 22,85—22,90 bez., per Juni-Juli 22,65—22,70 M. bez., per Juli-August 22,50 Mark bezahlt. Marke Klix-Bärwalde 0/1: 25,25 bz. Gekündigt 1000 Zentner. Regulirungspreis 23,10. Oelsaat per 1000 Kilo —. Winterraps — M., Winterrübsen — Mark. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 55,5 M., mit Faß 55,8 M., per Februar 56,0 M. bez., per Febr.-März 56,0 Mark bez., April-Mai 56,0 Mark bez., Mai — Mai-Juni 56,4 Mark bez., Juni — bez., September-Oktober 56,7 M. G. Gekünd. — Ztr. Regulirungspr. — M. — Leinöl 100 Kilo loko — B. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,3 Mark, per Februar 24,8 M. bezahlt, per Februar-März 24,2 bezahlt, per April-Mai 24,2 bez., per Mai-Juni — Mark bezahlt, per September-Oktober 25,4 Mark bez. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 47,5—47,4—47,5 bez., Februar 48,2—48,4 M. bez., per Februar-März 48,3—48,4 Mark bez., per März-April — bez., per April-Mai 49,0 Mark bezahlt, per Mai — Mark, per Mai-Juni 49,2 Mark bez., per Juni — Mark bez., per Juni-Juli 50,1 Mark bez., per Juli-August 51,1—51,2 Mark bez., per August-September 51,6 Mark bezahlt. Gekündigt 10,000 Liter. Regulirungspreis 48,3 M.

(B. B.-Z.)

Stettin, 17. Februar. [An der Börse.] Wetter: Veränderlich. + 4 Gr. R. Barometer 28,3 Wind: WSW.

Weizen unverändert, per 1000 Kilo loko gelber inländischer 210 bis 223 Mark, geringer 185—200 Mark bez., weißer 212 bis 224 Mark, per April-Mai 225 M. bez., per Mai-Juni 225 Mark bezahlt, per Juni-Juli 225 Mark bez., per Juli-August 219 Mark bez. — Roggen behauptet, per 1000 Kilo loko inländischer 160—166 M., abgelaufene Anmeldungen — M., defekter — M. bez., per Februar — M., per April-Mai 165,5 Mark bez., per Mai-Juni 163,5 M. bez., per Juni-Juli 162,5 M. bez., per September-Oktober 159 M. Gd., — Gerste stille, per 1000 Kilo loko Brau- 150 bis 160 Mark, Futter- 125 bis 135 M. bez., geringere — M., Schlesische — M. — Hafer stille, per 1000 Kilo loko inländischer 140 bis 150 Mark, Pommerscher — M., Russischer — M. bez., per April-Mai — bez., per Mai-Juni — M. — Erbsen u. Mais ohne Handel. — Winterrübsen wenig verändert, per 1000 Kilo per April-Mai 268 M. Br., per September-Oktober 264 Mark bezahlt. — Rüböl fest, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 56,5 M. Br., kurze Lieferung — M., per Februar 56 M. Br., per April-Mai 56 Mark bezahlt, per Mai-Juni —, per September-Oktober 56,5 Mark Br. — Winterraps per 1000 Kilo — Mark. — Spiritus ruhig, per 10,000 Liter-pCt. loko ohne Faß 45,8 Mark bez., mit Faß — Mark bez., kurze Lieferung, ohne Faß — M. bez., per Februar 46,8 M. nom., per April-Mai 48,5 M. Br. und Gd., per Mai-Juni 48,9 M. Br. und Gd., per Juni-Juli 49,6 M. Br. und Gd., per Juli-August 50,3 M. bez., per August-September 51 M. Br. — Angemeldet: Nichts. Regulirungspreise: Weizen — M., Roggen — M., Rüböl 56 M., Spiritus 46,8 M., Rübsen — M. — Petroleum loko 7,8 M. tr. bez., Regulirungspreis 7,8 M. tr.

Heutiger Landmarkt: Weizen 200—220 M., Roggen 168—172 M., Gerste 155—163 M., Hafer 155—160 M., Erbsen 170—190 M., Kartoffeln 30—42 M., Heu 3—3,5 M., Stroh 42—45 M.

(Ostsee-Ztg.)

Berlin, 18. Februar. Wenn für die Hausseströmung unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt günstige Anregungspunkte vorlagen, so war das heut der Fall: Wien hatte zwar mit etwas niedrigen Kursen auf die von hier gestern dorthin gesandten Notirungen geantwortet; Paris, Frankfurt und London blieben aber verhältnißmäßig recht fest. Ferner hätte die heute erfolgte Ermäßigung der Diskontsätze der Reichsbank um ein volles Prozent eine belebende Wirkung üben müssen. Der heute veröffentlichte Bankausweis bestätigt den weiteren Zufluß von Geld zur Bank. Die Anlagen der Bank haben um 52½ Millionen abgenommen und konnte in Folge dessen der Notenumlauf um 26½ Millionen verringert werden, während der Baarvorrath eine Stärkung von neun Millionen erfuhr. Man erwartete daher mit Recht, daß die Börse heute eine sehr feste Tendenz zeigen würde. Indeß traf dies nicht zu. Aus Paris war nämlich eine Ansprache des russischen Generals Skobeleff gemeldet, die derselbe an einige serbische Studenten gehalten hat und in der er von neuem seinen Deutschenhaß Luft machte. Daß dieser Rede keine weitere Bedeutung beigelegt zu werden verdient, werden uns wohl die Wiener und Pariser Börse beweisen; hier gewann aber die Kontremine das Obergewicht, als wenn inzwischen schon eine russische Kriegserklärung eingetroffen wäre. Daß unter diesen Umständen das Geschäft auf allen Gebieten sehr eng begrenzt blieb, braucht wohl kaum noch besonders bemerkt zu werden. Die Kurse verfolgten durchgängig weichende Richtung, und es konnte sich die Stimmung erst in der zweiten Börsenstunde wieder etwas befestigen. — Per ultimo notiren: Franzosen 516—516,50—513,50 bis 514, Lombarden 215,50—216, Kredit-Aktien 518,50—517,50—521—518 bis 519, Wiener Bank-Verein 194, Darmstädter Bank 152,75—152,50, Diskono-Kommandit-Antheile 182,10—181,90—182,50—181,40—182.25, Deutsche Bank 147,50—75—147—147,50, Dortmunder Union 92,90 bis 92,75, Laurahütte 112,90—112,60. — Der Schluß war fest. Privatdiskont 3¾ pCt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 18. Februar 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Consol. Anl.	4½	105,00 B
do. neue 1876	4	101,10 B
Staats-Anleihe	4	101,00 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,75 B
do. do.	3½	95,25 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	109,00 G
do.	4½	104,30 bz
Landsch. Central	4	100,75 bzG
Kur- u. Neumärk.	3½	95,75 bz
do neue	3½	91,00 B
do.	4	101,00 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	90,00 G
do.	4	100,10 G
do.	4½	
Westpr. rittersch.	3½	90,00 G
do.	4	100,70 G
do. I. B.	4	100,10 G
do. II. Serie	4½	103,60 bzG
Neuldsch. II. Serie	4	100,10 B
do. do.	4½	103,70 G
Posensche, neue	4	100,50 bz
Sächsische	4	
Pommersche	3½	90,10 G
do.	4	100,20 bz
do.	4½	101,70 bz
Schlesische altl.	3½	93,10 G
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,48 G
Pommersche	4	100,50 bz
Posensche	4	100,25 G
Preußische	4	100,30 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	
Sächsische	4	100,60 B
Schlesische	4	100,75 G
20-Frankstück.		16,18 bzG
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		
do. 500 Gr.		1394,50 bz
Engl. Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,05 bz
Oesterr. Banknot.		170,75 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		206,50 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,00 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	143,25 B
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	301,90 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	135,00 B
do. 35 fl. Oblig.	—	219,80 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	136,75 B
Braunsch. 20 thl.-L.	—	99,90 bz
Brem. Anl. v. 1874	4	101,25 G
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	128,10 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	123,20 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	120,25 bz
do. II Abth.	5	117,50 bz
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	187,90 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,00 B
Mecklb. Eisenbahn.	3½	95,00 bz
Meininger Loose	—	27,60 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	119,00 B
Oldenburger Loose	3	149,75 bz
D.-G.-C.-B-Pf. 110	5	108,80 bzG
do. do.	4	95,80 bz
Dtsch. Hypoth. unk.	5	103,80 G
do. do.	4½	102,30 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	100,50 bz
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,30 B
Pomm. Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,75 bzB
do. II. IV. 110	5	102,75 B
Pomm. III. rkz. 100	5	99,90 G
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	113,50 G
do. do. 110	4½	107,20 G
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	105,40 bz
do. do. rückz. 100	4½	102,60 G
do (1872 u. 74)	4	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	104,75 bz
do. II. rckz. 100	5	100,00 G
Schles. Bod.-Cred.	5	102,75 G
do. do.	4½	106,00 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,50 bz
do. do.	4½	102,50 bzG
Kruppsche Obligat.	5	109,90 B

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	125,00 G
Oesterr. Goldrente	4	78,50 bz
do. Pap.-Rente	4½	62,90 G
do. Silber-Rente	4½	64,10 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	331,00 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	119,00 bzB
do. do. v. 1864	—	
Ungar. Goldrente	6	100,60 bzG
do. St.-Eisb. Akt.	5	93,25 bz
do. Loose	—	223,00 G
Italienische Rente	5	86,25 B
do. Tab.-Oblig.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,50 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	75,10 bzG
do. Boden-Credit	5	82,00 bzG
do Engl. A. 1822	5	84,20 bzG
do. do. A. v. 1862	5	84,60 G
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	85,10 bz
do. do. 1872	5	85,00 bz
do. do. 1875	4½	
do. do. 1877	5	
do. do. 1880	4	70,40 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	142,25 bzG
do. do. v. 1866	5	140,75 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	83,70 bzG
do. Pol. Sch.-Obl.	4	84,00 bzG
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,00 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	55,60 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	11,70 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,60 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,30 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,44,5 bz
do. do. 3 M.	20,24,5 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	81,00 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	80,95 bz
do. do. 100 F. 2 M.	80,35 bz
Wien öst. Währ. 8 T.	170,60 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	169,65 bz
Petersb. 100 R. 8 W.	205,35 bz
do. 100 R. 3 M.	203,70 bz
Warschau 100 R 8 T.	205,90 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5, für Lombard 6 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 5, Bremen —, Brüssel 5, Frankfurt a. M. 5, Hamburg —, Leipzig —, London 6, Paris 5, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	113,75 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	67,50 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	107,50 bzG
do. Kassen-Verein.	4	196,80 bz
Breslauer Disk.-Bk.	4	90,50 G
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Kredit-B.	4	85,25 bz
Cöln. Wechslerbank	4	93,75 bz
Danziger Privatb.	4	108,00 G
Darmstädter Bank	4	152,40 bz
do. Zettelbank	4	108,60 G
Dessauer Creditb.	4	96,50 G
do. Landesbank	4	121,00 G
Deutsche Bank	4	147,75 G
do. Genossensch.	4	127,75 bzB
do. Hyp.-Bank.	4	88,50 G
do. Reichsbank.	4½	148,00 G
Disconto-Comm.	4	182,00 bzG
Geraer Bank	4	92,00 bzG
do. Handelsb.	4	91,00 bzG
Gothaer Privatbk.	4	117,00 G
do. Grundkredb.	4	89,75 bzB
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	97,50 G
Leipziger Creditb.	4	153,30 bzB
do. Discontob.	4	110,00 bzG
Magdeb. Privatb.	4	116,50 bz
Mecklb. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	97,75 G
Meining. Creditbk.	4	87,75 bzG
do. Hypothekenbk.	4	91,60 bz
Niederlausitzer Bank	4	94,50 B
Norddeutsche Bank	4	169,00 B
Nordd. Grundkredit	4	48,50 B
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	96,50 bzG
Posen. Landwirthsch.	4	
Posener Prov.-Bank	4	122,50 G
Posener Spritaktien	4	57,00 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	108,20 bz
do. Centralbdn.	4	122,10 G
do. Hyp.-Spielh.	4	84,00 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	73,50 B
Sächsische Bank	4	123,60 bzG
Schaaffhaus. Bankv.	4	86,75 G
Schles. Bankverein	4	108,60 G
Südd. Bodenkredit	4	135,25 bz

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	193,00 G
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugeſ.	4	57,25 bzG
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	57,60 bzG
Dortmunder Union	4	13,60 G
Egells Masch.-Akt.	4	21,75 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	36,90 bz
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	79,60 G
Gelsenkirch.-Bergw.	4	125,50 G
Georg-Marienhütte	4	91,00 bz
Hibernia u. Shamr.	4	84,00 bzG
Immobilien (Berl.)	4	81,75 B
Kramsta, Leinen-F.	4	94,50 G
Lauchhammer	4	29,00 bzB
Laurahütte	4	112,70 bzB
Luise Tiefb.-Bergw.	4	40,00 bzG
Magdeburg. Bergw.	4	112,60 G
Marienhüt. Bergw.	4	48,00 B
Menden u. Schw. B.	4	70,10 bzB
Oberschl. Eis.-Bed.		49,75 G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	83,00 B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	37,25 B
Redenhütte cons.	4	92,00 B
Rhein.-Nass. Bergw.	4	69,75 B
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	18,50 B
Unter den Linden	4	14,00 G
Wöhlert Maschinen	4	17,25 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	50,90 bz
Altona-Kiel	4	198,00 bz
Bergisch-Märkische	4	123,50 bzG
Berlin-Anhalt	4	148,10 bzB
Berlin-Dresden	4	13,90 bz
Berlin-Görlitz	4	35,00 bz
Berlin-Hamburg	4	299,00 Gbz
Bresl.-Schw.-Frbg	4	94,10 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	21,25 bz
Märkisch-Posener	4	36,00 bz
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,25 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	245,50 bz
do. Lit. B.	3½	190,00 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	64,00 bz
Rechte Oderuferb.	4	167,50 bz
Rhein-Nahebahn	4	14,40 bz
Stargard-Posen	4½	103,20 bz
Thüringische	4	210,00 bzG
do. Lit. B. v. St. gar	4	100,40 bz
do. Lit. C. v. St. gar	4½	111,80 bz
Ludwigsh.-Bexbach	4	203,00 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	100,30 bz
Weimar-Geraer	4½	49,10 bzG
Albrechtsbahn	5	34,10 G
Amsterd.-Rotterd.	4	143,50 bzG
Aussig-Teplitz	4	244,75 G
Böhm. Westbahn	5	127,00 bzB
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	126,00 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	87,90 G
Kais. Franz Joseph	5	80,90 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	124,00 bzB
Gotthard-Bahn 90%	6	
Kaschau-Oderberg	4	59,30 bzG
Lüttich-Limburg	4	13,50 G
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	342,00 bz
do. Litt. B. Elb.	5	369,50 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	63,25 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	69,50 bzB
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	62,25 bz
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	130,50 bz
do. Südwestbahn	5	60,60 bz
Schweizer Unionb.	4	42,75 bz
Schweizer Westbahn	4	29,00 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	124,30 bz
Warschau-Wien	4	234,00 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	38,00 bzG
Berlin-Görlitzer	5	97,60 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	83,00 bz
Märkisch-Posen	5	117,20 bzG
Marienb.-Mlawka	5	103,40 bzG
Münster-Enschede	5	18,50 G
Nordhausen-Erfurt	5	95,25 G
Oberlausitzer	5	56,50 bzG
Oels-Gnesen	5	53,25 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	96,50 bzB
Posen-Creuzburg	5	69,75 bz
Rechte Oderuf. Bahn	5	165,60 bz
Rumänische	6	
Saalbahn	5	69,25 bzG
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	77,00 G
Weimar-Geraer	5	36,10 G

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	117,00 bzB
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	83,30 G
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	
do. B. unabg.	3½	88,30 G
do. C. do abg.		125,75 G
Münster-Hamm	4	100,00 G
Niederschl.-Märk.	4	100,25 bzG
Rhein. St.-A. abg.	6½	161,60 G
do. neue 4proc.	5	159,60 bzG
do. Lit. B. gar.	4	100,50 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	102,75 B
do. II.	4½	102,75 B
do. III. v. St. g.	3½	93,80 bz
do. do. Litt. B.	3½	93,80 bz
do. do. Litt. C.	3½	93,75 bz
do. IV.	4½	102,70 bzG
do. V.	4½	102,70 bzG
do VI.	4½	103,50 bzB
do. VII.	4½	102,70 G
Aachen-Düsseldf. I	4	99,90 G
do. do. II	4	99,90 G
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II	4½	
do. Nordb. Fr. W.	4½	102,70 G
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin-Anhalt A.	4	102,75 G
do. B.	4½	102,75 G
do. Litt. C.	4½	102,70 G
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	102,40 bz
Berlin-Hamburg I.	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	103,10 B
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	
do. do. C.	4	100,40 G
do. do. D.	4½	103,75 B
do. do. E.	4½	102,90 bzB
Berlin-Stettin I	4½	
do. do. II.	4	100,30 G
do. do. III.	4	100,30 G
do. IV. v. St. g.	4	100,30 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H	4½	
do. do. Litt. I	4½	
do. do. 1876	5	105,20 G
Cöln-Minden IV.	4	100,30 G
do. do. V.	4	100,40 B
do. do. VI.	4½	103,75 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,50 bzG
do. do. C.	4½	100,00 G
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	
Mainz-Ludwigsh.	4½	102,75 G
do. do.	5	105,30 bz
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	103,00 B
do. do. de 1873	4½	103,00 B
do. Leipz. A.	4½	105,50 B
do. do. B.	4	100,30 G
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	83,50 G
Niederschl.-Märk. I.	4	100,50 B
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	100,50 B
do. do. III conv.	4	100,30 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	100,10 G
do. D.	4	100,10 G
do. E.	3½	93,75 bzG
do. F.	4½	103,70 G
do. G.	4½	103,70 G
do. H.	4½	103,75 bz
Oberschles. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	91,40 G
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Oels-Gnesen	4½	101,50 G
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Posen-Creuzburg	5	
Rechte-Oder-Ufer	4½	
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,90 G
do. v. 1862, 64	4½	102,90 G
do. v. 1865	4½	102,90 G
do. 1869, 71, 73	4½	103,20 B
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	104,25 G
do. II. do.	4½	104,25 G
Schleswiger	4½	102,00 G
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	
do. V.	4½	
do. VI.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	85,70 B
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	84,90 bz
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	79,30 G
do. II.	5	84,30 G
do. III.	5	80,80 G
do. IV.	5	79,75 bz
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	46,50 B
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	380,00 B
do. Ergänzsb.	3	356,75 bzB
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,60 G
do. II. Em.	5	104,60 G
Oesterr. Nordwest.	5	87,50 bzG
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	85,70 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	80,20 G
Kronpr. Rud.-Bahn	5	84,90 G
do. do. 1869	5	84,50 G
do. do. 1872	5	84,30 G
Raab-Graz Pr.-A.	4	92,90 B
Reichenb.-Pardubitz	5	82,10 G
Südösterr. (Lomb.)	3	273,00 bzG
do. do. neue	3	272,25 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	99,30 bzG
Brest-Grajewo	5	90,00 B
Charkow-Asow g.	5	95,00 G
do. in Lstr. a 20	5	
Chark.-Krementsch.	5	94,25 G
Jelez-Orel, gar.	5	95,40 G
Koslow-Woron. gar	5	97,50 bzG
Koslow-Woron. Ob.	5	83,40 bzG
Kursk-Chark. gar.	5	95,50 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	85,00 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	98,75 bzG
Losowo-Sewast.	5	80,00 B
Mosko-Rjäsan, g.	5	102,60 G
Mosk.-Smolensk, g.	5	96,00 bzG
Schuja-Iwanow.	5	95,50 bz
Warsch.-Teresp., g.	5	
do. kleine, g.	5	
Warschau-Wien II.	5	103,00 G
do. III.	5	103,00 G
do. IV.	5	102,00 bzG
Zarskoe-Selo	5	63,25 bzG

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.